

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 19.10.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## NEUERSCHEINUNG

*Florian Kronschläger*

### [Das NormG 2016 – Ausgewählte Rechtsfragen des Normenwesens](#)

Die Monografie analysiert die dogmatischen Hauptfragen des Normengesetzes 2016.

ISBN 978-3-902883-36-0, IX und 139 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über [www.pedell.at](http://www.pedell.at)

## I. BUNDESGESETZBLATT

Keine relevanten Rechtsakte im Berichtszeitraum.

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 258 v 15.10.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 256/2014 über die Mitteilung von **Investitionsvorhaben** für **Energieinfrastruktur** in der Europäischen Union an die Kommission

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.09.2018, [Ra 2017/09/0001](#)

**Statut für die Landeshauptstadt Linz**; in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt gem § 46 Abs 1 Z 9 Statut für die Landeshauptstadt Linz ua die Aufnahme und Gewährung von Darlehen; in einem solchen Fall wäre ein Gruppenleiter gehalten, die **Zustimmung des Gemeinderats** herbeizuführen; ausgehend von der taxativen Aufzählung in § 46 leg cit hätte sich das VwG mit den dort normierten Tatbestandserfordernissen beschäftigen müssen, die eine Zustimmung des Gemeinderats vorsehen, wie im Fall der Z 9, ob mit dem Abschluss eines **Zinsswap** tatsächlich ein Darlehen aufgenommen wurde

20.09.2018, [Ro 2017/11/0001](#)

**ÄrzteG; Streichung aus der Ärzteliste**; Bedenken ob der Verfassungsmäßigkeit des die Zuständigkeit des Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer regelnden § 59 ÄrzteG; Beantragung der Aufhebung von § 59 Abs 3 Z 2 sowie der Zeichenfolge „und 2“ in § 117c Abs 1 Z 6 sowie die Aufhebung von § 195f Abs 1 leg cit; im Falle der Aufhebung im beantragten Ausmaß wäre die Besorgung der Streichung aus der Ärzteliste der mittelbaren Bundesverwaltung zugewiesen und dem Landeshauptmann die ihm verfassungsrechtlich zugewiesene Stellung als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde gegenüber der gem §§ 2 und 3 AVG zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde gesichert

20.09.2018, [Ro 2017/11/0003](#)

**ÄrzteG; Streichung aus der Ärzteliste**; Bedenken ob der Verfassungsmäßigkeit des die Zuständigkeit des Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer regelnden § 59 ÄrzteG; Beantragung der Aufhebung der Zeichenfolge „1 und“ in § 59 Abs 3 Z 1 und in § 117c Abs 1 Z 6 sowie die Aufhebung von § 195f Abs 1 leg cit; im Falle der Aufhebung im beantragten Ausmaß wäre die Besorgung der Streichung aus der Ärzteliste der mittelbaren Bundesverwaltung zugewiesen und dem Landeshauptmann die ihm verfassungsrechtlich zugewiesene Stellung als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde gegenüber der gem §§ 2 und 3 AVG zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde gesichert

25.09.2018, [Ra 2018/01/0364](#)

**StaatsbürgerschaftsG; Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft** wegen Wiedererlangung der türkischen Staatsangehörigkeit; die Mitwirkungspflicht der Partei zur Erforschung des gem § 27 Abs 1 StaatsbürgerschaftsG maßgeblichen Sachverhalts ist umso größer, als es der Behörde bzw dem VwG unmöglich ist, personenbezogene Auskünfte über einen Betroffenen zu erhalten; trotz wiederholter Aufforderungen zur Vorlage eines Auszugs aus dem türkischen Personenstandsregister hat der Rw nicht nachvollziehbar begründet, weshalb ihm die Vorlage des Auszugs zum Nachweis, dass er im maßgeblichen Zeitraum weder einen Antrag auf (Wieder-)Verleihung gestellt hat, noch aufgrund dessen in den türkischen Staatsverband wiederaufgenommen wurde, nicht möglich gewesen sei; das Abstellen auf die Mitwirkungspflicht des Rw stellt keine unzulässige Umkehr der Beweislast dar

## C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 06.08.2018, [W129 2179866-1](#)

**UniversitätsG**; eine **Habilitation an einer weiteren Universität in demselben Fach**, für welche der Antragsweber bereits von einer anderen Universität die Habilitation erlangt hat, ist unzulässig; die bereits erworbene Habilitation ist ohnedies weltweit von Bedeutung und anerkannt; im Übrigen würde eine weitere Habilitation in demselben Fach an einer weiteren Universität dem Prinzip der Zweckmäßigkeit widersprechen; würden bereits in einem bestimmten Fach Habilitierte sich abermals an einer weiteren Universität für dasselbe Fach habilitieren, so könnte dies zu einer erheblichen Überlastung der universitären Strukturen führen, da die Durchführung eines gesamten Habilitationsverfahrens mit einem gewissen Aufwand verbunden ist

LVwG Vbg 04.10.2018, [LVwG-2-23/2017-R1](#)

**GlücksspielG**; solange die verwendete **Zwangsgewalt bei der Türöffnung** (§ 50 Abs 4 GlücksspielG) nicht bei einer Betrachtung im Voraus klar erkennbar unverhältnismäßig (überschießend) ist, besteht ein Spielraum bei der Auswahl der Art der anzuwendenden Zwangsgewalt; von der eine Kontrolle nach dem GlücksspielG durchführenden Behörde kann nicht verlangt werden, dass sie im Voraus detaillierte Ermittlungen zum im betreffenden Lokal verwendeten Schließsystem anstellt und in der Folge bei der Türöffnung – meist mangels Fachwissen aufgrund von einzuholenden Gutachten – die Art der Zwangsgewalt auswählt, bei der gesichert der geringste Schaden entsteht

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [17.10.2018, Rs C-167/17, Klohn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten Projekten – Recht zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen einen Zulassungsbescheid – Erfordernis, dass ein Verfahren nicht übermäßig teuer sein darf – Begriff – Zeitliche Geltung – Unmittelbare Wirkung – Einfluss auf einen in Rechtskraft erwachsenen nationalen **Kostenfestsetzungsbeschluss**

#### [17.10.2018, Rs C-249/17, Ryanair](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Begriff des Steuerpflichtigen – **Holdingsgesellschaft** – **Vorsteuerabzug** – Ausgaben im Zusammenhang mit Beratungsdienstleistungen, die für die Zwecke des Erwerbs von Anteilen einer anderen Gesellschaft in Anspruch genommen wurden – Absicht der Erwerbgesellschaft, für die Zielgesellschaft **Geschäftsführungsleistungen** zu erbringen – Keine Erbringung solcher Dienstleistungen – Recht auf Abzug der Mehrwertsteuer, mit der die erbrachten Leistungen belastet waren

#### [17.10.2018, Rs C-425/17, Günter Hartmann Tabakvertrieb](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Herstellung, Aufmachung und Verkauf von **Tabakerzeugnissen** – Richtlinie 2014/40/EU – Verbot des **Inverkehrbringens** von Tabak zum oralen Gebrauch – Begriffe ‚Kautabak‘ und ‚Tabak zum oralen Gebrauch‘ – Paste aus fein gemahlenem Tabak (Thunder Chewing Tobacco) und mit fein geschnittenem Tabak gefüllte poröse Portionsbeutel aus Zellulose (Thunder Frosted Chewing Bags)

#### [17.10.2018, Rs C-393/18 PPU, UD](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Justizielle Zusammenarbeit** in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 8 Abs 1 – Zuständigkeit auf dem Gebiet der **elterlichen Verantwortung** – Begriff ‚gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes‘ – Erfordernis körperlicher Anwesenheit – Festhalten von Mutter und Kind in einem **Drittstaat** gegen den Willen der Mutter – Verletzung der **Grundrechte** von Mutter und Kind

#### [18.10.2018, Rs C-669/16, Kommission / Vereinigtes Königreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – **Richtlinie 92/43/EWG** – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 4 Abs 1 – Anhänge II und III – Ausweisung der **besonderen Schutzgebiete** (BSG) – Gewöhnlicher Schweinswal

#### [18.10.2018, Rs C-100/17 P, Gul Ahmed Textile Mills / Rat](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Verordnung (EG) Nr 397/2004 – Einfuhren von Bettwäsche aus Baumwolle mit Ursprung in Pakistan – Fortbestand des **Rechtsschutzinteresses**

#### [18.10.2018, Rs C-145/17 P, Internacional de Productos Metálicos / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Einfuhren bestimmter Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China oder aus Malaysia versandt – Verstoß gegen das im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) abgeschlossene Antidumping-Übereinkommen – Aufhebung von bereits entrichteten endgültigen **Antidumpingzöllen** – Keine Rückwirkung – Art 263 Abs 4 AEUV – Individuell betroffene Person – Rechtsakt mit **Verordnungscharakter**, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht

#### [18.10.2018, Rs C-149/17, Bastei Lübbe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums – Richtlinie 2004/48/EG – Entschädigung bei Urheberrechtsverletzungen durch **Filesharing** – Zugriff auf einen Internetanschluss durch Familienmitglieder des Inhabers – Befreiung des Anschlussinhabers von der **Haf-**

**tung**, ohne Angaben zur Art der Anschlussnutzung durch das Familienmitglied machen zu müssen – Charta der **Grundrechte** der Europäischen Union – Art 7

#### [18.10.2018, Rs C-153/17, Volkswagen Financial Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 und 173 – **Vorsteuerabzug** – **Ratenkaufgeschäfte** mit Fahrzeugen – Gegenstände und Dienstleistungen, die sowohl für steuerbare als auch für steuerbefreite Umsätze verwendet werden – Entstehung und Umfang des Vorsteuerabzugsrechts – Pro-rata-Satz des Vorsteuerabzugs

#### [18.10.2018, Rs C-207/17, Rotho Blaas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Handelspolitik – Endgültiger **Antidumpingzoll** auf bestimmte Erzeugnisse mit Ursprung in der Volksrepublik **China** – Antidumpingzoll, der vom Streitbeilegungsorgan der Welthandelsorganisation (WTO) für mit dem Allgemeinen **Zoll- und Handelsabkommen** unvereinbar erachtet wird

#### [18.10.2018, Rs C-606/17, IBA Molecular Italy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Lieferaufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 2 Buchst a – **Vergabe** außerhalb eines Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge – Begriff ‚entgeltliche Verträge‘ – Begriff ‚öffentliche Einrichtung

#### [18.10.2018, Rs C-662/17, E G](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Europäisches Asylsystem – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 Abs 2 – Rechtsbehelf gegen eine Entscheidung, mit der die Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft** abgelehnt, aber der **subsidiäre Schutzstatus** zuerkannt wird – Zulässigkeit – Mangelndes Interesse, wenn der von einem Mitgliedstaat zuerkannte subsidiäre Schutzstatus die gleichen Rechte und Vorteile einräumt wie der Flüchtlingsstatus nach dem Unionsrecht und dem nationalen Recht – Relevanz der individuellen Situation des Antragstellers für die Prüfung der Identität dieser Rechte und Vorteile

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [17.10.2018, Rs C-82/17 P, TestBioTech ua / Kommission \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Umwelt – **Genetisch veränderte Erzeugnisse** – Beschluss der Kommission über die **Zulassung** des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte **Sojabohnen** der Sorte MON 87701 x MON 89788 enthalten – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 10 – Antrag auf interne Überprüfung eines Verwaltungsakts nach Umweltrecht – Beweislast

#### [17.10.2018, Rs C-496/17, Deutsche Post \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollrechtliche** Rechte und Pflichten des Einzelnen – Status eines zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten – Fragenkatalog – Schutz **personenbezogener Daten** – Steueridentifikationsnummer – Für die Veranlagung zur Einkommensteuer zuständiges Finanzamt – **Datenverarbeitung**, die zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist – Grundsatz der Zweckbindung der Verarbeitung personenbezogener Daten

#### [18.10.2018, Rs C-535/17, NK \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Anwendungsbereich – Verordnung (EG) Nr 864/2007 – Zeitlicher Anwendungsbereich – **Schadensersatzforderung** eines **Konkursverwalters** gegen einen Dritten, der sich den Gläubigern gegenüber rechtswidrig verhalten hat

## C. GERICHT

[18.10.2018, T-533/17, Next design+produktion/ EUIPO – Nanu-Nana Joachim Hoepp \(nuuna\)](#)

Unionsmarke – **Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der **Unionsbildmarke** nuuna – Ältere Unionswortmarken NANU und NANU-NANA – Relatives Eintragungshindernis – Beurteilung der **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001) – Einander ergänzende Waren – Grundsätze der Autonomie und der Unabhängigkeit der Unionsmarke – Gebot rechtmäßigen Handelns und Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung – Rechtssicherheit

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

16.10.2018, Beschwerde Nr [21623/13](#), *Könyv-Tár Kft ua / Ungarn*

**Verletzung** von Art 1 1. ZPEMRK (Eigentumsfreiheit); **Einrichtung** einer einzigen **staatlichen Einkaufs- und Vertriebsstelle** für **Schulbücher** durch neue nationale Rechtsvorschriften; Unternehmen (Bf) verloren dadurch die Legitimation zum Vertrieb dieser Bücher; es gab **keinen Aufruf**, an den **Ausschreibungen** des staatlichen Schulbuchvertriebs teilzunehmen; es wurden **keine Maßnahmen** gesetzt, um die Unternehmen für die **Geschäftsverluste** zu entschädigen; Verletzung von Art 1 1. ZPEMRK

16.10.2018, Beschwerde Nr [5886/15](#), *Lingurar ua / Rumänien*

**Verletzung** von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Verletzung** von Art 14 EMRK (Diskriminierungsverbot); Durchführung von **Polizeiaktionen** in einer **Roma-Gemeinde**; die Polizei fahndete nach Personen, die des Diebstahls verdächtigt wurden; die Polizei übte gegenüber zwei Mitgliedern der Roma-Gemeinde (Bf) übermäßige und **ungerechtfertigte Gewalt** aus; keine gründliche Untersuchung der Vorfälle durch die nationalen Behörden; vor allem die **Rassismus-Vorwürfe** der Bf wurden nicht ausreichend untersucht; die Bf erhielten jeweils eine Entschädigung iHv EUR 11.700,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.